

Jüngste Entwicklung

Seit Februar 2004 liegt ein Aktionsplan zur Förderung von Umwelttechnologien in der EU (ETAP) auf dem Tisch. Dieser Aktionsplan ist darauf ausgerichtet, das Potential der Umwelttechnologien umfassend zu nutzen, um den Druck auf unsere natürlichen Ressourcen zu mindern, die Lebensqualität der europäischen Bürger zu verbessern und das Wirtschaftswachstum zu stimulieren.

Der Plan beruht auf der Erkenntnis, dass noch immer ein erhebliches unerschlossenes technologisches Potential zur Verbesserung der Umweltqualität bei gleichzeitiger Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum besteht. Anreize für die Berücksichtigung moderner Umwelttechnologien bei allen Investitions- und Kaufentscheidungen werden einen großen Beitrag zur Nutzung dieses Potentials leisten und so deren Markt erweitern und die damit verbundenen Kosten senken.

Ziele des Aktionsplans:

- Beseitigung der Hindernisse einer Erschließung des gesamten Potentials der Umwelttechnologien für Umweltschutz und Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichem Wachstum;
- Übernahme einer führenden Rolle bei der Entwicklung und Nutzung von Umwelttechnologien durch die EU in den nächsten Jahren;
- Mobilisierung aller Betroffenen für die Unterstützung dieser Ziele. Diesen Weg gilt es zu gehen!

Der Aktionsplan ist zu finden unter:

http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004_0038de01.pdf

Kurs halten

Konservative im Europäischen Parlament versuchen den erfolgreichen Weg der nachhaltigen Entwicklung für Umweltschutz und Beschäftigung zu verändern. So wird mehr Deregulierung gefordert, eine Zwangsliberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen vorgeschlagen und ein fünfjähriges Moratorium für alle Umweltgesetze angestrebt.

Lassen Sie uns gemeinsam diesem Ansinnen entgegenreten und mit voller Fahrt Kurs halten auf Arbeit und Umwelt.

90:1

Neunzig Fahrzeuge der Golf-Klasse stoßen heute soviel schmutzige Abgase aus wie ein einziges Auto im Jahre 1974.

Ein Erfolg der Europäischen Umweltgesetzgebung, bei der Bernd Lange als Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments entscheidend die Richtung bestimmt hat. 2010 werden ca. 75% weniger Schadstoffe aus den Auspuffen kommen als 1990. Zudem wurden durch diese Gesetzgebungen neue innovative Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, zum Beispiel bei der Entwicklung und Produktion von Katalysatoren.

Hier treffen Ökologie und Ökonomie in besonderer Weise zusammen.

Innovation bei Beschäftigung und Wachstum – EU-Forschungsförderung

Im 6. Forschungsrahmenprogramm ist einer der Themenschwerpunkte „nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme“. Dafür stehen mehr als 2 Milliarden Euro zur Verfügung (810 Mio. Euro für nachhaltige Energiesysteme, 610 Mio. Euro für nachhaltigen Transport, z.B. CUTE, CIVITAS, NICE, 700 Mio. Euro für globalen Wandel u. Ökosysteme). Neue industrielle Konzepte zur Verringerung des Verbrauchs an Primärressourcen werden erforscht und andere, saubere, umweltfreundliche Technologien entwickelt. Übersicht dazu unter: <http://fp6.cordis.lu/fp6>

Für den Energiebereich gibt es ein Mehrjahresprogramm „Intelligente Energie - Europa (EIE)“ mit einem Haushalt von 250 Mio. Euro.

Das Programm umfasst: SAVE - Verbesserung der Energieeffizienz; ALTENER - Verbreitung des Einsatzes erneuerbarer Energien; STEER - Unterstützung von regenerativen Energien im Verkehrsbereich; COOPENER - Unterstützung der Verbreitung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in Entwicklungsländern.

Informationen sind zu finden unter: http://www.europa.eu.int/comm/energy/intelligent/index_en.html



Liebe Leserinnen und Leser,

in Erinnerung an die Eröffnung der Konferenz der Vereinten Nationen zum Schutz der Umwelt am 5. Juni 1972 in Stockholm

haben die Vereinten Nationen den 5. Juni zum „Tag der Umwelt“ erklärt. Ein Tag im Jahr, an dem ganz besonders für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen geworben wird.

Dies erscheint immer noch von besonderer Notwendigkeit zu sein. Denn gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird Umweltschutz fälschlicherweise gerne mit Wachstumshindernis gleichgesetzt. So hört man etwa, der europäischen Industrie würden durch immer neue strenge Umweltauflagen Steine in den Weg gelegt. Um mit diesem Vorurteil aufzuräumen, möchte ich Sie zu einem Blick auf die neuen Wachstums- und Beschäftigungsfelder einladen, die sich in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz durch europäische Gesetzgebungen aufgetan haben.

Wenn wir diese Chance auch weiterhin nutzen, dann wird sich die Investition in eine ökologische Modernisierung dreifach auszahlen: Neben dem Erhalt und der Verbesserung unserer Umwelt entstehen neue Arbeitsplätze und die europäische Industrie verschafft sich durch Modernisierung einen Wettbewerbsvorsprung. Gerade Sozialdemokraten haben hier im Europäischen Parlament viele Dinge angeschoben und durchgesetzt und auch ich habe mich hier besonders engagiert.

Ihr

Bernd Lange

Impressum:

Herausgeber: Bernd Lange, MdEP
Europabüro, Odeonstraße 15/16
D-30159 Hannover
Tel.: 0511/1674-210
Fax: 0511/1674-262
E-Mail: bernd.lange@spd.de
Internet: www.bernd-lange.de

Arbeit und Umwelt – Umwelt und Arbeit

„Klare und stabile Ziele für die nachhaltige Entwicklung werden beträchtliche wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen. Hier liegt das Potential für das Auslösen einer neuen Welle von technologischen Innovationen und Investitionen, durch die Wachstum und Beschäftigung entstehen ...“

Aus den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels von Göteborg im Juni 2001.

Angesichts der ökologischen Herausforderungen z.B. beim Klimawandel, bei der Luftverschmutzung oder bei der Artenvielfalt können wir uns ein „weiter so“, ein „business as usual“ nicht mehr leisten. Sowohl was die Beeinträchtigung unserer Lebensqualität anbetrifft als auch hinsichtlich der entstehenden Kosten. Zudem ist klar, dass Umweltschutz eine Jobmaschine ist. In keinem anderen Sektor gibt es vergleichbare Wachstumsraten oder Beschäftigungszuwächse: In Deutschland waren 2002 fast 1,5 Mio. Menschen im Umweltschutzbereich beschäftigt. Das sind mehr als im Maschinen- oder Fahrzeugbau oder im Ernährungsgewerbe.

Nachhaltige Entwicklung, d.h. eine Entwicklung, die den Erfordernissen der Gegenwart gerecht wird, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen, ist ein grundlegendes Ziel der Europäischen Union (EU). Bei der Ratstagung in Göteborg wurde 2001 die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Darin wurden ehrgeizige Ziele festgesetzt und ein stärker integriertes politisches Konzept angemahnt, mit dem wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gleichzeitig erreicht werden können. Sie ergänzt die Lissabonner Strategie, wonach die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ gemacht werden soll – „einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Daneben wird in der Strategie betont, dass nachhaltige Entwicklung globale Lösungen erfordert; dies unter-

stützt das Streben der EU nach einer Vorreiterrolle auf internationaler Ebene, um die globale wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter Gewährleistung des Umweltschutzes zu fördern. Außerdem wird die strategische Bedeutung von Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) für die Lissabonner Strategie und die nachhaltige Entwicklung herausgestellt. Als Ziel wurde vereinbart, die Gesamtausgaben der EU für FuE bis 2010 auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Aus öffentlichen und privatwirtschaftlichen Quellen gespeiste Investitionen in die Forschung sind für die Wirtschaft der EU und für die Öko-Industrien von wesentlicher Bedeutung. (<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/hintergrund/beschaeftigung.pdf>)



Umweltindustrie

Die OECD und EUROSTAT definieren sie als die „Tätigkeiten zur Produktion von Umweltgütern und -Dienstleistungen, die dazu dienen, qualitative Beeinträchtigungen von Wasser, Luft und Boden sowie Probleme im Zusammenhang mit Abfall, Lärm und den Ökosystemen zu vermeiden, einzuschränken oder zu korrigieren.“

In drei Bereichen finden sich diese Tätigkeiten:

- 1) Sanierung von Umweltschäden und Belastungen
- 2) Prävention von Umweltbelastungen durch den Einsatz sauberer Technologien, Verhinderung von Schadstoffentstehung, Verminderung von Umweltrisiken
- 3) Ressourcenmanagement, z.B. Wasserversorgung oder Nutzung Erneuerbarer Energie



Wo wirkt die Umweltindustrie auf Beschäftigung und Wachstum?

Kosteneinsparung und Innovationskraft durch „ökologische Modernisierung“

Neue, innovative Umwelttechnologien verringern nicht nur den Abfallberg und die Luftverschmutzung, sie vermögen ebenfalls den Verbrauch an Energie und Wasser zu senken - und somit letztendlich wiederum die Kosten. Durch Innovationen können die Unternehmen also einerseits die bestehenden Umweltnormen leichter und kostengünstiger erfüllen, andererseits ergibt sich ein Wettbewerbsvorteil gegenüber konkurrierenden Unternehmen, die noch keine innovativen Umwelttechnologien verwenden.

Export von Umwelttechnologien sichert Arbeitsplätze

Die EU verfügt mit ihrer Umweltindustrie über einen wettbewerbsfähigen und vielseitigen Exportsektor, der weltweit eine wichtige Rolle spielt. Der Außenhandel mit innovativen Umwelttechnologien bildet gleichzeitig eine neue und im Sinne der Nachhaltigkeit vernünftige Entwicklungshilfe. Es gibt die größten Exportchancen im Bereich der Umwelt-, Effizienz- und Energietechnologien: So importiert Kalifornien unsere modernen Gaskraftwerke mit einer Effizienz von 90 % und Deutschland exportiert weltweit Wechselrichter

und elektronische Bauteile für Photovoltaikanlagen und Speicher- und Regeltechnik für die Solarthermie. Deutschland hat einen Welthandelsanteil von über 17 % am globalen Markt für Umweltschutzgüter und -dienstleistungen.

Umweltorientierte Dienstleistungen bringen Beschäftigung vor Ort

Viele Arbeitsplätze entstanden und entstehen im Bereich der Umweltdienstleistungen (Lärmbekämpfung, Abwasserbehandlung, Abfallentsorgung, Energie- und Gebäudemanagement, Mobilitätsleistungen o.ä.). Sie sind dezentral organisiert und werden auf kommunaler und regionaler Ebene angeboten.

Umdenken beim Ressourcenverbrauch schafft Arbeit

Wirtschaftswachstum ist oft mit einem hohen Energiebedarf verbunden, vor allem durch Verkehr und Produktionsprozesse. Zu 80 % wird diese Energie aus fossilen Brennstoffen gewonnen. Das schädigt das globale Klima und wirkt gegen die Vereinbarung von Kyoto. Dafür ist beispielsweise im letzten Jahrzehnt im Bereich der Solarindustrie das Wirtschaftswachstum europaweit jährlich um 11,7 % gestiegen.

Einige EU-Gesetzgebungen im Umweltbereich, die Arbeit schaffen:

Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (Richtlinie 2001/77/EG)

Ziel dieser Richtlinie ist die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf 12 % des Bruttoenergieverbrauchs der Europäischen Union bis 2010 bzw. 22,1 % des gesamten Stromverbrauchs der EU bis 2010. Ein System von Herkunftsnachweisen soll Stromhandel mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen fördern. In der Branche der erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Windenergie, Photovoltaik, Solarthermie, Biomasse, etc.) wird damit gerechnet, dass bis 2010 bis zu einer Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Allein in Deutschland gab es im Jahr 2002 im Bereich der erneuerbaren Energien 130.000 Beschäftigte, davon allein im Sektor der Windenergie rund 43.000. Für das Jahr 2010 wird mit einer Verdreifachung gerechnet. Der ländliche Raum wird vom Ausbau der Biomassekraftwerke profitieren. Schon heute gibt es in der Biomassenutzung ca. 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland.

Förderung von Biokraftstoffen (Richtlinie 2003/30/EG)

Das politische Ziel der EU für den Straßenverkehr ist eine 20%ige Substitution von herkömmlichen durch neue/alternative Kraftstoffe bis zum Jahr 2020. Drei Arten von alternativen Kraftstoffen sollen durch Förderung einen nennenswerten Marktanteil erringen: Biokraftstoffe (Marktreife bis zum Jahr 2010), Erdgas (Marktreife 2010–2015), Wasserstoff (Marktreife 2015–2020). Der Mindestanteil an Biokraftstoffen und anderen erneuerbaren Kraftstoffen an allen Otto- und Dieselmotoren im Verkehrssektor muss dabei bis Ende 2005 bei 2 % und bis Ende 2010 bei 5,75 % liegen. Schon heute zeigen Projekte wie das der Firma Choren, dass synthetische Kraftstoffe auf Biomassebasis ein umweltpolitischer Beitrag zur Reduzierung der Luftbelastung sind, Beschäftigung bei der Herstellung schaffen und für den landwirtschaftlichen Bereich neue Wirtschaftsmöglichkeiten erschließen.

Energieeffizienz von Gebäuden

(Richtlinie 2002/91/EG)

Ziel ist die Energieeinsparung und die Förderung der Energieeffizienz in sämtlichen Gebäuden innerhalb der EU. Bei jedem Mieter- oder Eigentümerwechsel einer Immobilie soll ein „Energiepass“ erstellt werden, der über Heizungsbedarf etc. des Hauses informiert, um den energetischen Zustand eines Gebäudes zum Wettbewerbsfaktor am Immobilienmarkt zu machen. Dafür müssen neue Konzepte für den Neubau entwickelt und alte Gebäude saniert werden (z.B. Wärmedämmung). Kurz- und mittelfristig liegt das größte Potential zur Energieeinsparung bei bereits bestehenden Gebäuden. Die Bauwirtschaft wird von Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Gebäuden (Wärmedämmung, Modernisierung der Heiztechnik) profitieren. Vor allem kleine und mittlere Betriebe, die Lehrstellen bieten.

Abgasemissionen von Kraftfahrzeugen

(z.B. Richtlinie 1998/69/EG)

Dank einer ganzen Reihe von Vorschriften zur Reduktion von schädlichen Abgasen ist nicht nur die Luft in Europa viel sauberer geworden: Durch die Einführung von Euro III und IV stoßen heute 90 Fahrzeuge der Golfklasse soviel Schadstoffe aus, wie 1974 noch ein einziges Auto. Die ehrgeizigeren Grenzwerte haben auch die Entwicklung und den Einsatz modernerer Technologien notwendig gemacht. So sind gerade auch in Niedersachsen viele Arbeitsplätze entstanden, weil die strenger Grenzwerte den Einsatz von Katalysatoren erforderlich machen.

Umweltgerechte Entsorgung von Altfahrzeugen

(Richtlinie 2000/53/EG)

Jährlich fallen rund 2,6 Mio. Altfahrzeuge allein in Deutschland an. Seit Mitte 2002 muss nun jedes Altfahrzeug bei einer zugelassenen Verwertungsstelle abgegeben werden (dies ist größtenteils kostenlos für Letztbesitzer). Es gelten hohe Anforderungen an Verwertung und

Recycling für Altfahrzeuge: Einerseits müssen also neue Verfahren entwickelt werden, um ein Auto schon bei der Neukonstruktion so recyclingfreundlich wie möglich zu gestalten, andererseits erfordert diese Richtlinie den Aufbau von Rücknahmesystemen und Verwertungsstellen.

Die Europäische Kommission rechnet diesbezüglich mit 15.500 direkten und 3.000 indirekten neuen Arbeitsplätzen. Ein konkretes Beispiel für den Erfolg der EU-Altfahrzeugrichtlinie im Hinblick auf den Beschäftigungseffekt ist das „Integrierte Recyclingzentrum“ (IRZ) in Eisenhüttenstadt, welches sich insbesondere der kompletten Autoverwertung widmet. Unter dem Namen „e-car“ (= Eisenhüttenstadt Complete Automobile Recycling) sind hier neue Arbeitsplätze entstanden. Aber auch Volkswagen entwickelt zusammen mit der Salzgitter AG neue innovative Verfahren des Recyclings von Altfahrzeugen.

Umweltgerechte Entsorgung von Elektro- und Elektronikschrott (Richtlinie 2002/95/EG)

Ähnlich wie bei den Altfahrzeugen wird ein geschlossener Kreislauf für diese Produkte geschaffen. Der Letztbesitzer kann die Produkte kostenlos abgeben. Daran schließt sich ein Verwertungsprozess an, der qualifizierte Arbeitsplätze erfordert.

System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung EMAS

(Richtlinie 2001/761/EG)

Da die verschiedenen Aspekte des betrieblichen Umweltschutzes immer komplexer und zahlreicher werden, muss er auf eine leistungsfähigere und systematischere Weise angegangen werden. Das Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS), auch EG Ökoaudit genannt, ist ein freiwilliges System, nach dem sich Unternehmen und sonstige Organisationen verpflichten können, ihre Umweltleistung bewerten und verbessern zu lassen. Das System wurde 1993 eingeführt und im Jahre 2001 überarbeitet.



Weltgrößtes Recyclingprojekt: Umbau einer Ölplattform zur Raketenabschubrampe für Satelliten